



Trägt der Westen eine Mitschuld am Ukraine-Schicksal?

Die frühere und heutige Rolle der CSU

Es ist Mode geworden, nicht die Taten und die Täter zu bewerten, sondern das Umfeld, weil dieses ja schuld sei. Das gilt in Mordprozessen genauso wie bei Vergewaltigungen – die schlimme Kindheit, die lieblosen Eltern, die Armut, die falsche Umgebung usw. Was hat das mit der Ukraine zu tun? Auch hier wird nicht Moskau als Täter gesehen, wenn es die völkerrechtlich zur Ukraine gehörende Krim zum neuen Teil der Russischen Föderation machen will. Schuld an diesem „verständlichen Wunsch“ Moskaus ist der Westen, heißt es bei vielen, seltsamerweise auch in der CSU.

Es ist fast nur noch Stefan Kornelius, der außenpolitische Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“, der die Dinge beim Namen nennt. Das gilt auch für die modische Behauptung, mit der „Expansion der Nato“ habe der Westen die friedliebende ehemalige Sowjetunion eingekreist. Kornelius verschweigt nämlich nicht, dass es ein ehemaliger KGB-Offizier ist, der das heutige Russland lenkt. Und dass die gleiche Desinformationskampagne betrieben wird, die Franz Josef Strauß einst den Kommunisten vorgehalten hatte. Damit meinte er, dass der Kreml mit Falschinformationen die Geschichte fälscht und die Politik zu seinen Gunsten beeinflusst. Inzwischen sitzen im Kreml wieder ähnlich gestrickte Propagandisten.

Faschismus und Kommunismus

Weil es Zeiten gegeben hat, in denen die Anhänger der sozialistischen Internationale als „Helden der Menschheit“ bezeichnet wurden und die Anhänger der sozialistischen oder regionalen Nationalbewegungen (auch in Südtirol) als „Teufel“ oder als „Faschisten“, scheint man die Zeit jetzt wieder für reif zu halten, Gegner ganz einfach als Faschisten zu bezeichnen und damit zumindest als unglaubwürdig hinzustellen. Es war dem KGB-Geschulten eingefallen, die Freiheitsbewegung auf dem Maidan generell als „faschistisch“ zu bezeichnen. Plötzlich wollen auch „Elite-Demokraten“ im Westen mit diesen „Faschisten“ nichts mehr zu tun haben. Plötzlich gilt der lupenreine Demokrat im Kreml wieder als salonfähiger als Hunderttausende von Menschen, die als Schuld auf sich geladen haben, dass sie lieber in westlichen als in russischen Strukturen leben wollen. Der Auslöser der Maidan-Revolution war nämlich, dass der moskautreue ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch die Annäherung an die EU mit ihrem Wertekanon abgelehnt hatte und dass er eine enge Zusammenarbeit mit Russland und anderen lupenreinen Demokratien wie Kasachstan oder Weißrussland bevorzugte. Letzteres sah Moskau als Voraussetzung für den Frieden in der Region. Franz Josef Strauß sprach damals von einer „Pax sovietica“, Frieden nur, wenn der Kreml das Sagen hat. Und heute?

Die Mär von der Expansion der Nato

Der schon erwähnte Stefan Kornelius traute sich, die Zugehörigkeit der baltischen Staaten, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, von Polen, Ungarn, Rumänien oder Bulgarien zur Nato als das zu bezeichnen, was es ist: Die dortigen Menschen suchten den Schirm der Nato, um nie mehr der Gefahr eines von Moskau beherrschten Panslawismus ausgesetzt zu werden. Das Wort „Expansion“ gehört in die Kategorie der Desinformationskampagne des bekannten Musters. Die Nato bot unmittelbaren Schutz und Partnerschaft für alle, die diese wollten, übrigens auch den demokratischen Kräften ab 1990/91 in Russland.



1995 suchte die Ukraine die Unterstützung von Bonn.

Wer in den 1990er Jahren als Vorsitzender des deutschen Verteidigungsausschusses (und anschließend als Parlamentarischer Staatssekretär) tagtäglich von Delegationen des nun freien „Ostblocks“ aufgesucht wurde, kann mit Fug und Recht behaupten, dass der Westen und dass besonders die Amerikaner und die Deutschen als Hoffnungsbanner galten, damit Polen und Tschechen, Litauer und Rumänen, ja sogar Ukrainer und Weißrussen eine bessere Zukunft vor Augen sahen. Auch damals gab es die Argumente, dass beispielsweise in Estland eine starke russische Minderheit lebte, im Ostteil sogar eine Mehrheit. Trotzdem suchte und bekam Estland das Miteinander mit EU und Nato, weil Jelzin und der frühe Putin demokratische Willensbildungen akzeptierten. Sie akzeptierten auch, dass das damalige Bonn Milliarden Mark zum Wohnungsbau in Russland für die ehemals in der DDR stationierten Soldaten aufbrachte. Das war die „Friedensdividende“, die Finanzminister Theo Waigel gerne überwies. Erst später träumten einige wieder von der alten Herrlichkeit im Sowjetreich, wünsch-

ten sich die alte Nationalhymne und die Zuständigkeit von russischen Grenztruppen „auch im befreundeten Ausland“. „Die Russen müssen geschützt werden“, heißt es wieder.

Die CSU und Moskau

Niemand wird behaupten, dass die CSU von Franz Josef Strauß den Expansions- und Unterdrückungsdrang der Sowjetunion oder die Desinformationskampagnen akzeptiert hätte. Lieber nahm sie innenpolitischen Streit mit den „roten Brüdern im Geiste“ in Kauf. Trotzdem gab man sich gesprächsbereit. Mit Gorbatschow und Jelzin machte das Sinn. Wer aber heute Putin und seine lupenreine Demokratie zum Maßstab nimmt, begibt sich auf Glatteis. Wer sagt denn, dass im Erfolgsfall Putin mit dem Einverleiben der Kim zufrieden ist? Kann er nicht seine russischen Landsleute in Estland, Lettland und Litauen ähnlich instrumentalisieren wie im Ostteil der Ukraine? Zumindest ständig in Atem hält? Mit fadenscheinigem Argument?

Es sind derzeit CSU-Strategen, die Moskau freie Hand geben. Gauweiler beim Aschermittwoch in Passau, Ramsauer bei der Ablehnung westlicher Wirtschafts-Sanktionen. Die BR-Fernsehreihe „Quer“ brachte es auf den Punkt: weil rund um den Tegernsee neureiche Russen leben, hält man nichts von Sanktionen gegen Moskau, es könnten ja die spendablen „Neubürger“ ihr Geld außerhalb Bayerns anlegen. Ramsauer war immer schon stolz, den chinesischen und den russischen Botschafter „als Freund“ in seiner Heimat rund um den Königsee begrüßen zu dürfen. Was sind da schon Menschenrechtsverletzungen oder Aggressionen? Mit Desinformation erklärt man die Aggressoren als „friedliebend“ und die Opfer als „selber schuld“. Sollen uns doch die Ukrainer, die Balten oder die anderen Störenfriede den Buckel runter rutschen, wir bleiben Moskau treu. Wenn sich noch mehr schwerreiche Russen am Tegernsee ansiedeln, umso besser. Und wenn sie, weil die bayerische Polizei sie nicht genug schützen kann, eigene Bodyguards oder Schutztruppen aufstellen, protestieren wir nicht, weil wir sie ja brauchen. Ganz wie damals auf der Krim, als sich immer mehr Russen ansiedelten und das Gebiet zu ihrem Besitz erklärten. Der Tegernsee ist keine Krim? Ah, ja?

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.